

## ARZNEIMITTELBUDGET

### KV legt ernstes Sparprogramm vor

Seit Anfang Oktober klären die rund 13.000 nordrheinischen Vertragsärzte ihre Patienten mit Handzetteln und Plakaten über das „Gemeinsame Aktionsprogramm zum Arzneimittelbudget 1999“ auf. Dies teilte die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein (KVNo) in einer Pressekonferenz mit. „Es ist eine in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einzigartige Aktion“, sagte Dr. Winfried Schorre, Vorsitzender der KVNo und der Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV). Das Bundesgesundheitsministerium, die Krankenkassen und die KBV haben sich auf ein gemeinsames Sparpro-

gramm verständigt. Nach Schorres Auffassung ist es ein sehr ernstes Sparprogramm, das die Versorgung der Patienten verknappen wird – zumindest in Relation zum bisherigen Versorgungsniveau.

Angesichts der Ausgabenentwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres und dem zu engen Budgetkorsett bestehe in Nordrhein die Notwendigkeit, dieses Aktionsprogramm umzusetzen. Bereits im August sei das nordrheinische Arzneimittelbudget mit 104 Prozent ausgelastet und Mitte Dezember erschöpft. Die Mediziner Nordrheins müßten mit einer Summe von bis zu

15.000 DM je Vertragsarzt für die Überschreitung haften. Allerdings erwartet Schorre für das laufende Jahr von Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer eine nachträgliche Korrektur des Arznei- und Heilmittelbudgets, denn es sei zu befürchten, daß trotz der gemeinsamen Sparanstrengungen der finanzielle Rahmen nicht einzuhalten sein wird. Die Ministerin habe die gesetzliche Möglichkeit, das Heilmittelbudget zu erhöhen, wenn es sich zeige, daß es zu knapp bemessen gewesen sei.

Das Aktionsprogramm beinhaltet vor allem

- Verordnungsverzichte bei Bagatellerkrankungen von Erwachsenen,
- Verordnungseinschränkungen bei bestimmten

Verordnungen wie zum Beispiel bei Gelenkerkrankungen oder von Vitaminpräparaten

- sowie Verordnungsbeschränkungen auf Generika etwa bei Bluthochdruck, Diabetes oder Magenschleimhautentzündungen.

„Mit ihrer Unterschrift unter das Aktionsprogramm haben Krankenkassen und Bundesgesundheitsministerium gemeinsam dokumentiert, daß das Budget 1999 nur noch mit erheblichen Verordnungseinschränkungen eingehalten werden kann“, so Schorre. Mit Blick auf die geplante Gesundheitsreform 2000 prophezeite Schorre für die kommenden Jahre noch weitaus größere Einschränkungen.

KVNo

## KRANKENHAUSSTATISTIK 1998

### Weniger Betten, mehr Patienten

Das Statistische Bundesamt stellte für 1998 im Krankenhaussektor einen Trend fest, wie er bereits seit 1997 bestand: Immer mehr Patienten werden in immer kürzerer Zeit in weniger Betten behandelt. Dabei steht einer steigenden Zahl von Ärztinnen und Ärzten immer weniger nichtärztliches Personal bei der Patientenversorgung zur Seite.

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurden 1998 insgesamt 15,95 Millionen Patienten vollstationär an deutschen Krankenhäusern behandelt. Das waren 2,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig nahm die durchschnittliche Verweildauer auf 10,7 Tage ab und lag damit um 0,3 Tage unter dem Vorjahreswert. In

den 2.263 Krankenhäusern standen 1998 über 572.000 Betten zur Verfügung; 9.000 oder 1,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Umgerechnet standen in Nordrhein-Westfalen 10.000 Einwohnern 77,1 Betten zur Verfügung. Der Bundesdurchschnitt betrug 69,7 Betten. Die Auslastung der Krankenhausbetten erhöhte sich um 1,2 Prozent auf 81,9 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten in den Kliniken reduzierte sich um 6.000, was einer Verminderung um 0,6 Prozent entspricht. Davon war mit 0,8 Prozent vor allem das nichtärztliche Personal betroffen. Hingegen wurden für Ärzte Stellen geschaffen. Die Zahl der hauptamtlichen Ärztinnen und Ärzte erhöhte sich um 1,9 Prozent auf 108.000. RhÄ/br

## MARBURGER BUND

### „NRW vernachlässigt Kliniken“

Der Marburger Bund (mb) sieht jedes vierte Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen als gefährdet an. Einen bisher noch nie dagewesenen Konzentrationsprozeß prophezeite der Vorsitzende des mb-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz, Rudolf Henke, kürzlich bei der Landeshauptversammlung seines Verbandes in Köln. Henke warf der NRW-Landesregierung vor, seine Kliniken wie kein anderes westliches Bundesland zu vernachlässigen. Inzwischen sei ein Investitionsstau von 3,5 bis 4,0 Milliarden DM aufgelaufen, außerdem benötigten die Universitätskliniken 2,0 Milliarden DM für Investitionen.

Mit 93 Prozent der abgegebenen Stimmen bestätig-

te die Landeshauptversammlung Henke in seinem Amt als Vorsitzender des mit über 20.000 Mitgliedern stärksten mb-Landesverbandes. Den Präsidenten der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Ingo Flenker, wählten die Delegierten erneut zum 2. Landesvorsitzenden. Beisitzer im Landesvorstand sind weiterhin Heinz Joh. Bicker (Duisburg), Prof. Dr. Joachim Grifka (Bochum), Wolfgang Peter Lange (Gelsenkirchen), PDin Dr. Vera John-Mikolajewski (Essen), Dr. Klaus U. Josten (Bonn), Dr. Ludger Meinke (Fachbach), Dr. Dieter Mitrenga (Köln) und Dr. Elisabeth Siegmund-Schultze (Witten). Neu in den Vorstand kam Thomas Meier (Essen).

uma